



AFRIKA/ÄGYPTEN - Muslimische und koptische Experten einigen sich über strittige Punkte der neuen ägyptischen Verfassung

Kairo (Fidesdienst) – Wie die ägyptische Tageszeitung Al-Masry Al-Youm berichtet haben sich ägyptische Politiker mit Vertretern der muslimischen Al-Masry Al-Youm Universität und Vertretern der koptischen Kirche bei einer Versammlung in der höheren Kammer des Parlaments (Shura) mit einigen strittigen Punkten der neuen Verfassung befasst.

Insbesondere wurde dabei beschlossen, dass der Artikel 2 der ursprünglichen Fassung des Verfassungstextes aus dem Jahr 1971 beibehalten werden soll in dem es heißt: „Der Islam ist Staatsreligion und Arabisch Amtssprache und die Prinzipien der islamischen Sharia sind eine wesentliche Grundlage der Gesetzgebung“. Bei einer Verfassungsänderung im Jahr 1980 war der letzte Teil des Artikels geändert worden, so dass es hieß: „die Prinzipien der islamischen Sharia sind DIE wesentliche Grundlage der Gesetzgebung“.

Außerdem einigte man sich darauf, dass Ägypter christlichen und jüdischen Glaubens in Religionsfragen auf die eigenen religiösen Normen Bezug nehmen können (z. B. im Falle der Eheschließung).

Abgelehnt wurde hingegen die letztinstanzliche Zuständigkeit der Al-Azhar-Universität bei der Auslegung der Prinzipien der Sharia und der islamischen Rechtssprechung. Vielmehr soll zukünftig ein Expertenrat zuständig sein.

Aus der Verfassung gestrichen werden Artikel, die die Religionsfreiheit einschränken und Haftstrafen für Journalisten wegen Meinungsfragen vorsehen. Zudem wurde beschlossen, dass ein eigenes Gesetz für die Bestrafung im Falle der Beleidigung von Religionen verabschiedet werden soll. (LM) (Fidesdienst, 27/09/2012)